

PRESSEMITTEILUNG

Nr. 20/2010

Leipzig, den 21. Dezember 2010

Politische Bildung ist Aufgabe von Lehrkräften GEW Sachsen zur Kooperation von SMKS und Bundeswehr

In letzter Zeit bemüht sich die Bundeswehr verstärkt um größeren Einfluss in den Schulen. Mehrere Bundesländer haben Kooperationsvereinbarungen mit der Bundeswehr abgeschlossen – seit heute gehört auch Sachsen dazu.

Sabine Gerold, GEW-Landesvorsitzende: „Schon der Zeitpunkt der Unterzeichnung der Kooperationsvereinbarung ist bemerkenswert: Kurz vor Weihnachten hofft der Kultusminister offensichtlich auf verminderte Aufmerksamkeit für ein nicht unumstrittenes Vorhaben. Auch der zeitliche Zusammenhang mit dem gerade verabschiedeten Sparhaushalt macht nachdenklich. Für das Kultusministerium ist diese Kooperation bequem und günstig: Anstatt Geld in eine umfassende, das aktuelle Zeitgeschehen berücksichtigende Lehreraus- und -fortbildung zu investieren sowie dafür notwendige Lehrstellen zu schaffen, wird den Schulen Unterstützung durch die Bundeswehr angeboten. Das ist einfacher und spart Geld.“

Die GEW Sachsen teilt die kritische Position des GEW-Hauptvorstandes zum zunehmenden Einfluss der Bundeswehr auf die inhaltliche Gestaltung von Unterricht und Lehreraus- und -fortbildung, wie er in den Kooperationsabkommen zwischen Kultusministerien und Bundeswehr deutlich wird, und unterstützt die dazu beschlossenen Grundsätze:

- Die politische Bildung - auch in Fragen der Friedens-, Sicherheits- und Verteidigungspolitik - gehört in die Hand der dafür ausgebildeten pädagogischen Fachleute und nicht in die von Jugendoffizieren.
- Lehrkräfte entscheiden souverän, ob sie für ihren Unterricht externen Sachverstand hinzuziehen wollen, denn sie sind die Fachleute für das Lernen. Es ist ihre Aufgabe, die Lernprozesse in der Schule zu planen und „verständlich und lebensnah“ zu gestalten sowie Schüler/innen zu demokratischem Handeln, Kritikfähigkeit, Gewaltfreiheit und Toleranz zu erziehen.
- Freiwilligkeit und Eigenverantwortung der Schulen bei der Nutzung der Angebote der Bundeswehr dürfen nicht eingeschränkt werden. Kein/e Lehrer/in und kein/e Schüler/in dürfen zur Teilnahme an und zur Durchführung einer Veranstaltung mit Jugendoffizieren verpflichtet werden.
- Wenn Jugendoffiziere in Schulen eingeladen werden, ist die notwendige politische Ausgewogenheit zu gewährleisten. Die Kontroversen über die verfassungsmäßige Funktion der Bundeswehr sowie die verschiedenen Konzepte internationaler Friedenspolitik müssen in gleicher Gewichtung dargestellt werden. Friedensorganisationen sind deshalb die gleichen Möglichkeiten wie der Bundeswehr einzuräumen, ihre militärkritischen Positionen zu erläutern und ihr Informationsmaterial in den Schulen zu verbreiten. Die GEW geht davon aus, dass das SMKS auch dafür Sorge trägt.
- Die GEW wird sehr aufmerksam darauf achten, dass das vereinbarte Werbeverbot auch konsequent eingehalten wird. Schulen und andere Bildungseinrichtungen sind kein Orte für die Rekrutierung von Berufssoldat/innen - weder offen noch verdeckt.
- Junge Menschen, die ihre berufliche Zukunft oder ihre Ausbildung bei der Bundeswehr realisieren wollen, benötigen umfassende Informationen, worauf sich Berufs- und Zeitsoldat/innen einlassen. Die Schule hat die Aufgabe, interessierten Schüler/innen Hinweise zu geben, wo sie sich umfassend informieren können.

Nachfragen möglichen unter 0162 – 9390 296 (Herr Thamm) und 0341 – 4947 412 (Frau Dr. Gerold)